

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 20. September 2018.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der Tierschutzpartei/Freie Wähler (TP/FW) zur finanziellen Ausstattung des Tierheims teilte die Verwaltung mit, dass seit 1.1.2016 keine pauschalen Vergütungen für die Unterbringung von Tieren an das Tierheim gezahlt werden sondern Einzelfallpauschalen und Tierarztkosten. Im Jahr 2015 wurde noch die Pauschale in Höhe von 366.800 Euro gezahlt, in 2016 wurden insgesamt 500.600 Euro, in 2017 717.200 Euro an das Tierheim gezahlt. Bis 31.5.2018 wurden 284.000 Euro gezahlt. Für Juni wurden noch keine Rechnungen vorgelegt. Die Verwaltung hat keine Zweifel, dass die Tagessätze kostendeckend sind, da sie den Tagessätzen gewerblicher Tierpensionen entsprechen.

TP/FW fragte nach dem Tierschutzbeauftragten, der aufgrund des Kooperationsvertrages der Ampelfraktionen installiert werden sollte. Die Stadt sieht keine Notwendigkeit für die Ernennung eines ehrenamtlichen Beauftragten. Amtliche Tierärzte sind Fachkräfte im Sinne des Tierschutzgesetzes. Sie sind dem Tierschutz in besonderer Weise verpflichtet. Amtliche Befugnisse sind nicht auf ehrenamtliche Tierschutzkräfte übertragbar. Es besteht eine enge Zusammenarbeit der Veterinäre mit den Ehrenamtlichen im Bereich des Tierschutzes.

Aufgrund einer Anfrage der Linken zur Räumung von Schlaflagern von Wohnungslosen durch den Ordnungs- und Servicedienst teilte die Verwaltung mit, dass an der Reuter-Kaserne zwei Gruppen von Obdachlosen übernachteten. Dies ist nicht zulässig, wird aber in Einzelfällen toleriert, wenn die Schlafstätten tagsüber verlassen, Utensilien geräumt und Abfälle entsorgt werden. Im Bereich Reuterkaserne kam es wiederholt zu Verschmutzungen durch menschliche Exkrememente, Lebensmittelreste und weitere Abfälle, sodass Sonderreinigungen durch AWISTA beauftragt wurden. Nicht nur am 16.7. vor der Räumung des Lagers sondern regelmäßig weisen die Streetworker auf Beratungs- und Übernachtungsangebote hin. Beide Gruppen hatten abgelehnt, diese Angebote in Anspruch zu nehmen. Im Rahmen der Räumung kam es zu einem Übergriff mit einem Bambusrohr gegen eine Servicekraft des OSD. Der Lenkungskreis Obdachlosigkeit wird sich in einer Sondersitzung mit der aktuellen Obdachlosenszene befassen.

Aufgrund einer Anfrage der Linken zur Umbenennung der Arena in Merkur Spiel-Arena informierte die Verwaltung, dass die Entscheidung bei den Gremien der D.Live GmbH & Co. KG lag. Bei den übrigen Hallen liegt die Zuständigkeit beim Betriebsführer, früher Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH, jetzt D.LIVE GmbH & Co.KG. In Düsseldorf betreibt die Gauselmann-Gruppe 22 Spielhallen, 16 bis 22 sind aufgrund des Glücksspielstaatsvertrages von der Schließung bedroht. Ein Imageschaden durch die Benennung der Arena wird nicht gesehen. Gefahren hinsichtlich der Spielsucht bestehen, wenn speziell gefährdete Zielgruppen angesprochen werden, die Werbung auf Kinder und Jugendliche zielt oder falsche Erwartungen über die Gewinnerwartungen geschürt werden.

Ratsherr Maniera fragte nach den antisemitischen Übergriffen. Die Verwaltung berichtete, dass der Verfassungsschutz 2017 insgesamt 61 antisemitische Übergriffe an Nordrhein-westfälischen Schulen erfasst hat. Die Verwaltung verwies auf die gesamtstädtische Strategie gegen Gewalt und Ausgrenzung und die zahlreichen Kooperati-

onspartner. Die Landesregierung beabsichtigt, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur Umgestaltung der Schadowstraße stellte die Verwaltung dar, dass der Bedarfsbeschluss zur Gestaltung der Schadowstraße aufgrund des Siegerentwurfs des Gutachterverfahrens gefasst wurde. Zahlreiche Gestaltungselemente aus dem Bereich Kö-Bogen werden übernommen. Es wird das gleiche Pflaster wie beim Kö-Bogen verwendet, allerdings auf zwei Formate reduziert. Für die Schadowstraße war ausdrücklich eine kontrastreiche Zonierung gewünscht. Es werden einheitliche Baumarten verwendet. Lediglich in einem Bereich werden gelbe Sitzelemente aufgestellt. Durch neue Leuchten soll auf lichttechnische Neuerungen reagiert werden. Der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss soll im Frühjahr 2019 gefasst werden. Vor Umsetzung sind Leitungsmaßnahmen durchzuführen. Auch im Bereich zwischen Tuchtinsel und Blumenstraße muss die Gas- und Trinkwasserversorgung erneuert werden, erst danach kann die Umgestaltung beginnen. Für die Beläge der Schadowstraße sollen Musterflächen erstellt werden.

Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus

Die Ausschreibung für die Metallarbeiten an der Fassade musste aufgehoben werden, da kein verwertbares Angebot vorlag. Die Ausschreibung wurde im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnehmerwettbewerb an einige Anbieter versandt. Die Ausführung der Arbeiten ist Voraussetzung für die Einhaltung des Terminplans (August 2019). Hier besteht ein hohes Risiko. Es wurde ein ganzheitliches Entwässerungskonzept erarbeitet, hierzu müssen 150 Durchbrüche im Untergeschoss für die Führung der Entwässerungsleitungen erstellt werden. Weiterhin ist ein Rückhaltebecken im Bereich der Terrasse vorgesehen. Die Maßnahmen beinhalten ein Kosten- und Terminrisiko.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Kommission hat einen Ortstermin durchgeführt. Im Bereich der Johannes-Kirche und des Justizministeriums sollen weitere Fahrradständer und Poller installiert werden. Die Blumenkübel des Betreibers der Schadow-Arkaden sollen sinnvoll verteilt werden. Die Kosten für eine Reinigung des Schalenbrunnens werden ermittelt. Die Parkplätze für Behinderte am Corneliusplatz werden noch ausgeschildert. Durch Poller soll der Bereich vor dem Parkhotel vor wildem Parken geschützt werden

Anträge der Fraktionen

Der Antrag von TP/FW zu beschließen, dass sich die städtischen Vertreter in den Gremien im Jahr 2018 für eine Zustimmung zum Verkauf des RWE-Aktienpaketes einsetzen, wurde einstimmig abgelehnt, nachdem der Oberbürgermeister erklärt hatte, dass das Thema auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates der Rheinbahn steht. Von der Antrag stellenden Fraktion war zu diesem Zeitpunkt niemand im Raum.

Der Antrag der CDU, die Richtlinien für Kunst am Bau und im öffentlichen Raum dahingehend zu ergänzen, dass die Kunstkommission dem Rat und allen betroffenen Fachausschüssen einmal jährlich in den ersten Sitzungen nach der Sommerpause über ihre Arbeit unter vollständiger Angabe von laufenden und abgeschlossenen Aktivitäten und Projekten in Verbindung mit den zugehörigen Aufwendungen berichtet, wurde von SPD, BÜ 90, FDP, Linken abgelehnt, damit die Kunstkommission nicht mit Bürokratie überzogen wird.

Der Antrag der Linken, Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Städtischen Wohnungsgesellschaft (SWD) aufzufordern, ein Wohnungsbauprogramm für die SWD mit Schwerpunkt auf sozialem Geschosswohnungsbau zu erarbeiten und dieses den städtischen Gremien vorzulegen, wurde von CDU, SPD, FDP, BÜ 90 unter Hinweis auf die vielfältigen Aktivitäten der Städt. Wohnungsgesellschaft und deren Neuausrichtung abgelehnt.

Der Antrag der Linken, die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit der Rheinbahn ein Umsetzungskonzept für eine Rheinbahn-Jahreskarte für das Düsseldorfer Stadtgebiet zu einem Preis von 365 Euro (als Monats-Abo zahlbar) zu erarbeiten und zu prüfen, ob Landes- oder Bundesfördermittel für die Umsetzung einer 365 Euro-Jahreskarte in Anspruch genommen werden können und in welchem Umfang der städtische Zuschuss an die Rheinbahn für die Umsetzung erhöht werden muss, fand keine Mehrheit.

Die CDU wollte die Verwaltung beauftragen, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Deutschen Oper am Rhein ein Konzept für die Durchführung eines internationalen Symposiums mit namhaften Intendanten, Architekten/innen, und anderen Akteuren/innen zum Thema „Wie sieht die Oper der Zukunft aus? — Entwicklung eines Zukunftsbildes für Düsseldorf“ zu entwickeln. Die Verwaltung stellte dar, dass das laufende partizipative Verfahren zum blau-grünen Ring auch die Erfassung der Potenziale der unterschiedlichen Orte beinhaltet. Dabei soll der Bestand gewürdigt werden, aber auch die Entwicklung der einzelnen Gebäude. Sprecher und Sprecherinnen der Ampelfraktionen wiesen darauf hin, dass zunächst ein Gutachten über den Zustand der Oper notwendig ist und die jahrelang vernachlässigten kulturellen Gebäude zukunftsfähig instand gesetzt werden müssen. Um den Spielbetrieb in der Oper aufrecht zu erhalten, werden Sanierungen in einer Größenordnung von 18 Mio Euro notwendig. Der Antrag fand keine weitere Unterstützung.

Auf Antrag von BÜ 90, SPD, FDP beauftragte der Rat die Verwaltung, die Voraussetzungen zur Sicherung von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen zu schaffen – interdisziplinär, ämterübergreifend und in Kooperation mit D.LIVE und Düsseldorf Tourismus. Dabei sollen zunächst die Clubszene, Livemusikstätten ebenso wie Nachtkulturstätten und Nachtökonomie behandelt werden. Um darauf aufbauend die weiteren Cluster der Kultur- und Kreativwirtschaft bearbeitet zu können, sollen die derzeit genutzten Standorte und ihre Entwicklungsperspektiven erfasst werden. Es sollen Handlungsempfehlungen und Instrumente entwickelt werden, wie die Kultur- und Kreativwirtschaft, insbesondere die Musik- und Clubkultur, im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung berücksichtigt werden könnte. Schwerpunkte sollen dabei die Sicherung von Räumen der Musik- und Clubkultur, die Lösungsmöglichkeiten bei Nutzungskonflikten im Bestand und die Berücksichtigung von kreativen Räumen, bei städtebaulichen Planungsmaßnahmen sein. Für die Umsetzung soll auch externe fachliche Beratung genutzt werden. Außerdem soll eine Analyse und Darstellung von Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der EU zur Unterstützung dieser Zielsetzungen erfolgen. Für die notwendigen Untersuchungen und Konzeptentwicklungen werden Mittel in Höhe von 50.000 Euro im Haushalt, jeweils für die Jahre 2019 - 2020 bereitgestellt. Die CDU lehnte den Antrag ab, weil nach ihrer Auffassung viel Geld und Bürokratie in etwas gesteckt wird, was es schon seit vielen Jahren gibt.

Auf Antrag von SPD, BÜ90, FDP, CDU beschloss der Rat:

Der Rat verurteilt den Totschlag vom 26. August 2018 in Düsseldorfs Partnerstadt Chemnitz und spricht den Angehörigen des Getöteten sein Mitgefühl aus. Der Rat verurteilt zugleich die gewalttätigen Ausschreitungen und erklärt sich solidarisch mit den

Bürgerinnen und Bürgern von Chemnitz, die für Frieden, Demokratie und Freiheit eintreten. Wir rufen die demokratischen Kräfte in beiden Städten dazu auf, Haltung gegen Gewalt, Hass und Hetze zu zeigen und unterstützen bewusst städtepartnerschaftliche Projekte, die sich diesem Ziel verpflichten. Dazu stellt der Rat ein Sonderbudget von 10.000 Euro zur Verfügung, das durch das Büro für Internationale und Europäische Angelegenheiten verwaltet wird. Die Initiatorin des Antrags, Bürgermeisterin Klaudia Zepuntke, erklärte ergänzend im Namen der Antragsteller, dass das Budget im Einvernehmen mit der Stadt Chemnitz vergeben wird.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90, FDP und CDU bekräftigte der Rat seinen Beschluss vom 17.11.2016 und beauftragte die Verwaltung, insbesondere zur Verwirklichung des Ziel 17 der AGENDA 2030 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) dem Rat eine Konzeption vorzulegen. Dabei sind insbesondere für die Begleitung des Prozesses die Engagement Global gGmbH, Außenstelle Düsseldorf, und im Weiteren für Fördermöglichkeiten die Servicestelle KOMMUNEN IN DER EINEN WELT und die neu eingerichtete Stelle Zentrales Fördermittelmanagement der Stadt einzubeziehen. Weitere Förderinstrumente und best-practice – Beispiele sind zu berücksichtigen. Ergebnisse und Projektsachstände sollen dem Rat halbjährlich vorgestellt werden.

Einbringung des Haushalts

Oberbürgermeister Thomas Geisel und Stadtkämmerin Dorothee Schneider brachten den Haushaltsentwurf 2019 ein. Der Haushalt schließt mit einem Überschuss in Höhe von 2 Mio Euro ab. Zentrale Punkte der Rede von Thomas Geisel waren der Wohnungsbau durch die neu aufgestellte Städt. Wohnungsgesellschaft und die Investitionen in Schulen (80 Mio. Euro), Kindertagesstätten (21 Mio. Euro), Sportanlagen (Bäder 13 Mio., Bezirkssportanlagen 2 Mio., Sportfläche für jedermann in Mörsenbroich), Kulturbauten (Schauspielhaus 6 Mio., Konrad-Adenauer-Platz 4 Mio.) und Infrastruktur (U81 4 Mio., Wehrhahnlinie Straßenbau 5,4 Mio., Oberflächengestaltung Kö-Bogen II 6,9 Mio., Hochwasserschutz und Ausbau südliche Düssel 4,5 Mio. Radwege 2 Mio., Verkehrskonzepte Heerdt 6,7 Mio. und Glasmacherviertel 1,5 Mio., Straßensanierung 1,3 Mio.). Bei der Betreuung der unter Dreijährigen Kinder soll eine Quote von 48 % erreicht werden, offene Ganztagsangebote soll es für 63 % der Kinder geben. Im Bereich der Seniorenpolitik sollen die Konzepte der zentren plus weiterentwickelt und Angebote für einsame Menschen gemacht werden. 2019 werden alle Schulen WLAN haben, der Breitbandausbau soll bis 2020 abgeschlossen sein. Ein Ersatzneubau für das Schwimmbad Unterrath ist in der Planung.

Die beiden Reden sowie die Eckdaten des Haushalts sind auf der Internetseite der Stadt zu finden:

<https://www.duesseldorf.de/aktuelles/news/detailansicht/newsdetail/ob-geisel-stellt-etatentwurf-fuer-2019-vor-haushalt-so-gut-wie-schon-lange-nicht-mehr.html>

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften **Jahresabschluss 2016** und entlastete den Oberbürgermeister. Er beschloss, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 128,5 Mio. Euro zu 101,7 Mio. Euro aus der Ausgleichsrücklage und zu 26,8 Mio. Euro der allgemeinen Rücklage zu entnehmen.

Der Rat beschloss einstimmig, den Schulnamen des Städtischen Gymnasiums Schmiedestraße in **Städtisches Wim-Wenders-Gymnasium** zu ändern und genehmigte einen entsprechenden Dringlichkeitsbeschluss.

Der Rat beschloss einstimmig, die **Errichtung des Mehrgenerationen- und Ge-**

sundheitsbades Benrath zum Bundesprogramm 2018 zur Sanierung von kommunalen Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur anzumelden, um eine Förderung in Höhe von 55 % zu erhalten und genehmigte einen entsprechenden Dringlichkeitsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses.

Der Rat nahm eine Informationsvorlage zum **Entwurf des Luftreinhalteplans der Bezirksregierung** zur Kenntnis. Hier kann der Plan eingesehen werden:

www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/bausteine/_MTT/MTT_aktuelle_offenlagen_fortsetzung.html.

Die Prognose für 2020 ergibt, dass an den näher untersuchten Standorten (Corneliusstraße, Herzogstraße, Kaiserstraße, Kölner Straße und Merowinger Straße) eine Grenzeinhaltung ohne zusätzliche Maßnahmen nicht zu erwarten ist. 74 % der Stickstoffdioxidbelastung resultiert aus dem regionalen Hintergrund, der Rest wird städtisch und unmittelbar örtlich verursacht. Das Gesamtkonzept zur NO₂ Minderung umfasst über 60 freiwillige Maßnahmen. Dazu zählen unter anderem die Modernisierung der städtischen Fahrzeugflotte sowie die vollständige Neubeschaffung bzw. Umrüstung der Busflotte der Rheinbahn AG. Hinzu kommen Förderung und Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und des Radverkehrs, der Ausbau der Elektromobilität sowie die durch die Wirtschaftsverbände bzw. die Stadt Düsseldorf initiierten Aktionen bzw. Vereinbarungen z. B. zum Mobilitätsmanagement in Industrie und Handwerk. Die Bezirksregierung ist davon überzeugt, dass die Grenzwerte einzuhalten sind, ohne Fahrverbote aussprechen zu müssen. Bis 4.10. können Anregungen und Stellungnahmen bei der Bezirksregierung eingereicht werden.

Der Rat beschloss bei einer Enthaltung das **Konzept zur Provenienzforschung von Kunst- und Kultursammlungen** und ermächtigte die Stadtkämmerin, die notwendigen Mittel (Personalkosten für juristischen Mitarbeiter/in und Kunsthistoriker/in sowie Sachkosten) in die Haushalte 2019 bis 2023 einzustellen. Provenienzforschung hinsichtlich der Suche und Identifizierung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut hat bei Restitutions- und Auskunftersuchen zu städtischen Kunst- und Kulturgütern mit Nachfahren der Dritten Generation und damit verbundenen Problemen der Erbenrecherche zu tun. Aufgaben der Provenienzforschung sind die Durchführung von Provenienzrecherchen zu anlassbezogenen Auskunfts- und Restitutionsgesuchen, die Prüfung der Provenienz von Neuerwerbungen und Leihgesuchen zur Schaffung der Rechtssicherheit für städtische Kunst- und Kulturgüter und die Hinwirkung auf eine öffentlichkeitswirksame Vermittlung der Aufgaben und Ergebnisse, die Durchführung systematischer Provenienzforschung in den Sammlungsbeständen sowie Detailrecherchen bei Verdachtsmomenten. Es werden Fördermittel (70 %) beim Deutschen Zentrum für Kulturverluste beantragt.

Der Rat beschloss einstimmig, im **Restitutionsfall „Die Füchse“** von Franz Marc die „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ einzuschalten. Die Verwaltung hat aufgrund der ermittelten Forschungs-, Quellen- und Rechtslage bislang einer Restitution widersprochen, weil es sich ihrer Ansicht nach im „Fluchtgut“ handelt, das von den Verfolgten selbst in neutrale Länder wie die Schweiz oder die USA gebracht und dort veräußert wurde. Den Erben wurde angeboten, die „Beratende Kommission“ anzurufen, dem haben die Erben nun zugestimmt.

Der Rat beschloss einstimmig die kostenpflichtige **Mitgliedschaft im Kuratorium des Vereins Amerika-Haus e.V. NRW** und stellte hierfür ab 2019 die jährlichen Mittel in Höhe von 5.000 Euro bereit. Der Verein fördert die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch Pflege, Förderung und Ausbau der Begegnung und des Austausches in den Bereichen Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Personalien

Der Rat wählte

- die Aufsichtsratsmitglieder der D.LIVE GmbH & Co.KG; die SPD wird vertreten durch Claudia Bednarski, Philipp Tacer und Helga Leibauer sowie die Stadtkämmerin Dorothee Schneider;
- die Vertreter in die Ausschüsse der Deutschen Sektion sowie zur Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Die SPD wird vertreten durch Frank Spielmann und Matthias Herz;
- Andreas Luberichs anstelle von Ralf Reuter zum stellvertretendem Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Unterbacher See;
- die Mitglieder des Aufsichtsrates der Hafen Düsseldorf-Reisholz Entwicklungsgesellschaft mbH, die SPD ist vertreten durch Frank Spielmann.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen:

- **Gesamtsanierung der Unteren Kapelle des Friedhofs Gerresheim** mit vorläufigen Gesamtkosten in Höhe von 1,42 Mio. Euro. Das Gebäude aus den Jahren 1907/8 weist erhebliche Feuchtigkeitsschäden auf. Das Untergeschoss wird entkernt und neu geordnet. Fassaden und Dach werden saniert, die technische Gebäudeausstattung wird erneuert ebenso wie die Regenentwässerung nebst Asphalt- und Pflasteranlagen. Es werden Rampen zur barrierefreien Erschließung des Untergeschosses angelegt, eine Induktionsschleife für eine Höranlage integriert und ein taktiler Leitsystem vom Friedhofstor bis zur Kapelle angelegt. Für die Dauer der Bauzeit wird eine beheizbare Zeltkonstruktion errichtet. Die Fertigstellung soll bis zum 1. Quartal 2021 erfolgen.

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung folgender Projekte

- **Kö-Bogen, Oberflächengestaltung 3. Bauabschnitt**, mit Gesamtkosten in Höhe von 18,6 Mio. Euro. Für erste Aufwendungen in 2018 stellte der Rat 1 Mio Euro überplanmäßig bereit. Der Beschluss umfasst die Neugestaltung und Wiederherstellung des Gustav-Gründgens-Platzes, der Schadowstraße zwischen Tuchtinsel und Bleichstraße sowie das Umfeld um das Schauspielhaus und den Kö-Bogen II. Die Radwegeverbindung zwischen Hofgarten und Berliner Allee – ursprünglich im 2. Bauabschnitt geplant – wird erst im Rahmen des 3. Bauabschnittes durchgeführt, die Kosten sind im 2. Bauabschnitt berücksichtigt. Die Schadowstraße erhält eine neue Zonierung mit Fußgängerbereichen und einem Fahrstreifen, der durch dunklere Oberflächenbeläge von den Fußgängerbereichen abgegrenzt wird. Es werden mehrere Bäume gepflanzt, voraussichtlich Purpurerlen und Gleditschien oder Lederhülsenbäume. Die Möblierungselemente wie Bänke, Leuchten, Abfallbehälter, Pfosten und Fahrradbügel entsprechen den im 2. Bauabschnitt verwendeten Ausstattungen. Der Gustav-Gründgensplatz wird mit einem hellen Gussasphalt hergestellt. Hierzu werden noch Muster angefertigt. Ziel ist eine Anpassung an das bereits verlegte Kö-Bogen-Pflaster. Die bisher verwendeten Lichstelen werden auch hier verwendet. Zur Zonierung zwischen Fahrbahn (Zufahrt zum Dreischeidenhaus) werden Poller mit einem Durchmesser von 1,20 m bzw. 0,65 m sowie einer Sitzhöhe von etwa 45 cm platziert. Die Gestaltung orientiert sich an den im Schauspielhaus vorhandenen Sitzgelegenheiten aus Acryl. Teilweise werden LED-Leisten eingebaut. Am östlichen Rand wird eine Bauminsel für drei Bäume vorgesehen, in die die Zuluft für die Tiefgarage des Kö-Bogen II integriert wird. Versorgungstrassen für eine mögliche Beispielbarkeit des Gustav-Gründgens-Platzes werden erstellt. Zentraler Bestandteil wird ein Fontänenfeld sein, wobei sich die Düsen flächenbün-

dig an der Oberfläche befinden. Die Fontänen werden beleuchtbar sein und über eine neu zu errichtende unterirdische Brunnenstube gespeist. Baubeginn ist Anfang 2019 geplant, Fertigstellung nach 18 Monaten, auch in Abhängigkeit von den Fassadenarbeiten am Schauspielhaus.

- **Instandsetzung des Schumann-Hauses (Bilker Str. 15) und Umbau zu einem Museum** mit Gesamtkosten in Höhe von 3,2 Mio. Euro. Das denkmalgeschützte Gebäude war das Wohnhaus der Familie Robert und Clara Schumann. In einer ersten Ausbaustufe soll das Museum ca. 650 qm Nettoraumfläche erhalten, wovon ca. 275 qm auf die reine Ausstellungsfläche entfallen. Zentraler Museumsbereich sollen die früheren Wohnräume der Familie Schumann im 1. Obergeschoss werden, in denen teilweise die originale Ausstattung erhalten ist. Dazu gehören Stuckdecken, Dielenböden, Türen und Fenster, die behutsam restauriert werden. Die weiteren Kosten für die Ausstellung in Höhe von rd. 0,53 Mio Euro werden vom „Förderverein Schumann-Haus e.V.“ übernommen.

Da während der Sitzung die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen kann und mir durchaus Fehler unterlaufen können, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen, darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**